



Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Serdar Yüksel, Carina Gödecke und Karsten Rudolph

Sozialdemokratische Ideen für eine gerechte Energiewende

Der Klimawandel verlangt mutige Schritte. Die CO₂-Emissionen müssen dringend gesenkt werden. Klar ist aber auch: Der Lebensstil des oberen Drittels der Gesellschaft beansprucht ein Vielfaches an CO₂ als jener des unteren Drittels. Klimaschutz und Energiewende gibt es daher nur durch mehr Gerechtigkeit. Ein Baustein unserer Energiepolitik sieht deshalb auch eine sozialverträgliche CO₂-Bepreisung vor, die klimafreundliches Verhalten belohnt und untere Einkommensgruppen nicht zusätzlich belastet. Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat jetzt einen Plan dafür vorgelegt, wie eine sogenannte CO₂-Bepreisung so ausgestaltet werden kann, dass ungerechte Belastungen vermieden werden. Das gilt insbesondere für Menschen mit geringeren und mittleren Einkommen sowie für besonders betroffene Gruppen wie Pendler und Mieter.

Leider herrscht in NRW aktuell in der Klimapolitik der Landesregierung aber absoluter Stillstand. Sie hat kein tragfähiges Konzept, wie sie auf diese wichtige Zukunftsfrage reagieren will. CDU und FDP müssen sich endlich ihrer klimapolitischen Verantwortung stellen und Farbe bekennen: Wie stehen sie zu einer sozialverträglichen Ausgestaltung einer CO₂-Bepreisung? Und wie wollen sie die notwendigen Treibhausgasreduzierungen erzielen?

Wir haben die Pläne der Bundesumweltministerin und das Nicht-Handeln der Landesregierung zum Anlass genommen, eine [Aktuelle Stunde](#) für dieses Plenum zu beantragen. In der Debatte am Donnerstag wollten wir erfahren, wie die Landesregierung ihre Position und ihre Ziele in diesem Prozess für Nordrhein-Westfalen erklärt. Die SPD-Fraktion hat gleichzeitig ihr Konzept für eine solidarische Energiepolitik vorgelegt: [Unser Positionspapier dazu gibt es hier zum Nachlesen.](#)

Zukunftsplan für die Ganztagschule

Durch die Einführung der Ganztagschule ist ein großer Schritt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelungen. Mehr als 300.000 Grundschülerinnen und -schüler nutzen inzwischen Ganztagsangebote. Das ist eine enorme Entlastung für die Familien. Zudem ist ein qualitativ guter Ganztag eine Voraussetzung dafür, die Zukunft und den Erfolg der Schulkinder von ihrer sozialen Herkunft loszulösen. All dies hat dazu geführt, dass der Ganztag einen großen Zuspruch erfährt. Allerdings ist der Offene Ganztag seit seiner Einführung ein Provisorium: Noch immer gibt es keine gesetzliche Verankerung und die finanzielle Zuständigkeit ist nach wie vor ungeklärt. Außerdem ist in NRW die Qualität des Angebots uneinheitlich. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie ein tragfähiges Zukunftskonzept für den Ganztag in der Primarstufe erarbeitet und in Verhandlungen

mit dem Bund eintritt, um endlich Rahmenbedingungen für einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2025 abzustimmen. [Drucksache 17/4456](#)

Rückschritt: Verabschiedung des neuen Hochschulgesetzes

Zurück zur Scheibe: Der Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Änderung des Hochschulgesetzes“ entwickelt unser viel gelobtes Hochschulzukunftsgesetz zurück. Damit bleibt die Landesregierung hinter ihren selbst gesteckten Zielen weit zurück. So werden nicht nur die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen verschlechtert, sondern besonders die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Studierenden und der Beschäftigten stark eingeschränkt. Auch die Einrichtung von Vertretungen für studentische Belange wird erschwert. Schwarz-Gelb schreckt nicht einmal vor dem Klein-Klein der Wiedereinführung einer Anwesenheitspflicht für die Studierenden zurück. Mit unserem Entschließungsantrag haben wir auf diese für den Wissenschafts- und Forschungsstandort und die Studierenden in NRW fatalen Fehlentwicklungen hingewiesen. [Drucksache 17/6846](#)

Offensive für Studentisches Wohnen

Der angespannte Wohnungsmarkt belastet besonders Studierende bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum. Die hohen Mietpreise entpuppen sich vielerorts als versteckte Studiengebühren. Deshalb benötigt NRW eine Offensive für studentisches Wohnen. Den zwölf Studierendenwerken in unserem Land fehlt es neben einer Erhöhung ihrer Grundfinanzierung vor allem an konkreten Zusagen für Neubau- und Sanierungsmaßnahmen. Mit unserem Antrag haben wir die Landesregierung dazu aufgefordert, die angespannte Wohnungsmarktlage der Studierenden nicht nur tatenlos zur Kenntnis zu nehmen, sondern durch ein Programm für studentischen Wohnraum zügig zu verbessern. Unser Programm wurde von den Studierendenwerken ausdrücklich begrüßt. [Drucksache 17/4453](#)

SPD



Carina Gödecke Mdl



0234/9230756



@carinagoedecke



carina.goedecke@landtag.nrw.de



Karsten Rudolph Mdl



0234/79432662



@karsten.rudolph.nrw



karsten.rudolph@landtag.nrw.de



Serdar Yüksel Mdl



02327/9913945



@Serdar.SPД



serdar.yueksel@landtag.nrw.de

Ihre Bochumer Abgeordneten im Landtag NRW